

# Presse-Information



Berlin, 21. Dezember 2009

Pressekonferenz des Marburger Bundes zur Tarifrunde 2010

## Statement von Rudolf Henke, 1. Vorsitzender des Marburger Bundes

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Tarifverhandlungen in einer Wirtschaftskrise sind eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die wir als Ärztegewerkschaft in dieser Zeit zu tragen haben. Wir haben deshalb in unseren Tarifgremien sorgfältig und vielerorts mit den ärztlichen Belegschaften kommunaler Krankenhäuser darüber beraten, mit welchen Forderungen wir in die anstehende Tarifrunde gehen. Das Ergebnis dieser Beratungen liegt nun vor, wir haben es der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) übermittelt.

Der Marburger Bund geht mit großem Selbstbewusstsein in die Tarifrunde 2010. Wir haben unsere Stellung in der Ärzteschaft im vergangenen Jahr weiter verbessert und bei innerärztlichen Wahlen in aller Regel hinzugewonnen. Die Zustimmung in der Mitgliedschaft zu unserer Tarifpolitik ist ungebrochen groß. Wir sehen unsere besondere Verantwortung für die Versorgung der Patienten und wir sehen, dass wir maßgeblich zur Wertschöpfung der Kliniken beitragen. Die Bezahlung der Ärzte muss mit der steigenden Arbeitsbelastung Schritt halten, die durch höhere Fallzahlen, geringere Verweildauern von Patienten und unterbesetzte ärztliche Stellenpläne gekennzeichnet ist.

Seit 2005 ist es uns in den Verhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern gelungen, eine Abkopplung der Ärztinnen und Ärzte in kommunalen Krankenhäusern von der allgemeinen Gehaltsentwicklung zu verhindern, der zuvor über Jahre gewachsene Nachholbedarf ist aber noch nicht beseitigt. Von einer wirklich leistungsgerechten Bezahlung der ärztlichen Arbeit am Tag und erst recht in der Nacht kann in den kommunalen Krankenhäusern leider immer noch nicht die Rede sein. Deshalb fordert der Marburger Bund eine zwar maßvolle aber doch spürbare Verbesserung der Gehaltssituation. Als absolut unverhältnismäßig betrachten wir die Vergütung der Bereitschaftsdienste im Verhältnis zu der damit verbundenen Belastung. Die Ärzte wollen für nächtliche Bereitschaftsdienste

---

### MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de

adäquat bezahlt werden. Was in anderen Berufen gang und gäbe ist, muss auch für Krankenhausärzte gelten: Die Vergütung von Nachtdiensten muss deutlich über der Bezahlung der Regelarbeitszeit liegen.

Was wollen wir im Einzelnen erreichen:

1. Lineare Erhöhung der Ärztegehälter um durchschnittlich fünf Prozent und strukturelle Veränderung in der Entgeltgruppe EG I (Arzt) durch Verkürzung der Stufenlaufzeiten auf 12 Monate in jeder Stufe. Die Laufzeit der neuen Entgelttabelle beträgt ein Jahr (1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010).

2. Erhöhung der Stundenentgelte für den Bereitschaftsdienst in der Entgeltgruppe EG I (Arzt) von derzeit 22,30 Euro auf 30 Euro, in der EG II (Facharzt) von 27,10 Euro auf 36 Euro, in der EG III (Oberarzt) von 30 Euro auf 39 Euro, in der EG IV (Leitender Oberarzt) von 32 Euro auf 41 Euro.

3. Unsere tarifpolitische Zielsetzung besteht darin, bei der Erhöhung der Stundenentgelte für den Bereitschaftsdienst in erster Linie für die besonderen Erschwernisse der Arbeit zu ungünstigen Zeiten, insbesondere in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen, eine adäquate finanzielle Entschädigung einzuführen. Bei der Ableistung von Mehrarbeit darf es generell keine unterschiedliche Behandlung zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten geben.

4. Altersteilzeit: Der MB fordert eine Verlängerung der tariflichen Regelung für Altersteilzeit unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen.

Eine lineare Anpassung der Gehälter von Ärzten an kommunalen Krankenhäusern um durchschnittlich fünf Prozent ist wirtschaftlich vertretbar und tarifpolitisch geboten.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Nachtarbeit der Ärzte, die hauptsächlich durch Bereitschaftsdienste abgeleistet wird. Dem Austausch mit unseren Mitgliedern entnehmen wir, dass immer noch mehr als 40 Prozent der Ärzte in kommunalen Krankenhäusern 5 bis 9 Bereitschaftsdienste pro Monat leisten – mehr, als nach dem Arbeitszeitgesetz eigentlich möglich ist. Die Arbeitszeit beläuft sich dabei in aller Regel auf 24 Stunden (8 Stunden Vollarbeit

---

#### **MB-Pressestelle**

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de

und 16 Stunden Bereitschaftsdienst). Im Verhältnis zu der damit verbundenen Arbeitsbelastung ist die Vergütung dieser Bereitschaftsdienste absolut unverhältnismäßig.

Wir sind überzeugt, dass die Bereitschaftsdienste von den Arbeitgebern sehr bewusst als billiger Ersatz für Vollarbeit missbraucht werden. Damit sich das für die Arbeitgeber nicht mehr lohnt, müssen Bereitschaftsdienste endlich besser vergütet werden. Bei der Erhöhung der Stundenentgelte für den Bereitschaftsdienst steht für den Marburger Bund im Vordergrund, für die besonderen Erschwernisse der Arbeit zu ungünstigen Zeiten, insbesondere in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen, eine adäquate finanzielle Entschädigung einzuführen. Wer in der Nacht, an Sonn- und Feiertagen, auch zu Weihnachten und Neujahr, rund um die Uhr Bereitschaftsdienst leistet, wer zur Verfügung steht, um Menschen in Lebensgefahr, nach Unfällen, bei akuten Komplikationen oder bei starken Schmerzen zu helfen, der darf dafür im Vergleich zur Bezahlung des Tagdienstes nicht mit einem Minus verhöhnt werden!

Unsere Forderungen stellen keine Überforderung der Kliniken dar. Im Gegenteil: Ohne eine Anpassung der Ärztegehälter an die Marktlage werden die kommunalen Kliniken den Ärztemangel nicht bewältigen können. Die Forderung nach attraktiven Arbeitsbedingungen für Ärzte ist für die Zukunft der kommunalen Kliniken sehr wichtig, weil sie den Arbeitsplatz Krankenhaus sichern hilft und nachrückenden Ärzten ein positives Signal gibt. Denn es sind nicht zuletzt Unterschiede in den Verdienstmöglichkeiten, die sonst das ihre dazu beitragen, dass sich Medizinstudenten und frisch approbierte Ärzte aus der kurativen Medizin in deutschen Krankenhäusern zurückziehen und in alternative Berufsfelder oder ins Ausland abwandern.

Was die Finanzierung unserer Forderung angeht, sollten die Arbeitgeber nicht das Klagelied von den leeren Kassen der Kommunen anstimmen. Dieser Hinweis läuft schon allein deshalb ins Leere, weil es die Krankenkassen und nicht die Kommunen sind, die die Vergütung stationärer Leistungen aufbringen. Zu Schwarzmalerei gibt es überhaupt keinen Anlass. Trotz der Krise hat die inzwischen abgelöste schwarz-rote frühere Bundesregierung ihre Zusagen aus dem Sommer 2008 gehalten und dem Gesundheitswesen 2009 zusätzliche Mittel sowohl für die Krankenhäuser als auch für den ambulanten Bereich zur

---

**MB-Pressestelle**

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de

Verfügung gestellt. Die inzwischen ins Amt gekommene neue schwarz-gelbe Bundesregierung stellt mit dem Bundeshaushalt 2010 einen zusätzlichen Zuschuss von 3,9 Mrd. Euro zur Verfügung, um die der Krise geschuldeten Einnahmeneinbrüche der Gesetzlichen Krankenkassen infolge Kurzarbeit und gestiegener Arbeitslosigkeit auszugleichen.

Mit einem weiteren Fächer von Einzelmaßnahmen will die Bundesregierung die Einkommensentwicklung stärken und für wirtschaftliche Impulse sorgen, die trotz gebremster Auslandsnachfrage für eine möglichst starke Konjunktur sorgen. Es entspricht dieser Logik, wenn wir durch eine angemessene Forderung für die Tarifrunde 2010 bei Bund und Kommunen zu einer Stärkung der Konjunktur beitragen. Wir wollen Einnahmen- und Leistungseinbrüche in der medizinischen und wirtschaftlichen Entwicklung der kommunalen Krankenhäuser infolge sonst drohender Abwanderung der ärztlichen Belegschaften vermeiden, wir wollen die Motivation durch gezielte Signale zur Anerkennung echter Leistung verstärken und wir wollen Zweifeln an einer auch finanziell erfolgreichen Laufbahn im kommunalen Krankenhaus entgegentreten. Damit werden wir auch unserer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung als Tarifpartei gerecht. Von den Arbeitgebern erwarten wir das Gleiche.

---

**MB-Pressestelle**

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de